

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ruft die Tagesordnungspunkte 30 und 32 gemeinsam auf.

Rm Hömberger (BIZ) berichtet, das im Bereich Bestattungswesen ein harter Wettbewerb herrsche. Auf das Krematorium Koblenz sei der private Anbieter in Dachsenhausen gefolgt, sowie weitere private Anbieter in der näheren Umgebung. Diese hätten auf dem Markt ganz andere Möglichkeiten zu kalkulieren, mit Geschäftsmodellen, nicht immer auch Mitarbeiterfreundlich seien. Der kommunale Anbieter hingegen müsse sich an Richtlinien und Gesetze handeln. Das Krematorium Koblenz schreibe rote Zahlen und solle daher in die Privatisierung gehen, um Einnahmen zu erzielen. Hierauf habe auch die ADD aufmerksam gemacht.

Rm Lehmkuhler (SPD) führt aus, dass die Problematik darin liege, dass sich das Bestattungsverhalten der Bevölkerung verändert habe. Urnenbestattungen seien günstiger und pflegeleichter. Eine Privatisierung des Krematoriums verkenne jedoch die tatsächliche Situation. Der Eigenbetrieb habe nur ein Strukturproblem, welches dadurch zu Stande komme das die Stadt insgesamt über 23 Friedhöfe verfüge. Die Idee Bezirksfriedhöfe einzureichen war an der Bevölkerung gescheitert. Dieses Problem werde nicht durch eine Privatisierung gelöst. Das Krematorium biete eher Chancen; der Verlust von 200.000€ entstehe durch steuerliche Verluste. Stelle man die Personal- und Sachkosten den Einnahmen gegenüber, habe das Krematorium im Jahr 2009 ein Plus von 264.000 €, 2010 209.000 € und in 2011 205.000 € erwirtschaftet. In einer Privatisierung könne man nicht mehr frei agieren, eine andere Rechtsform gebe mehr Möglichkeiten. So könne man den Kunden finanziell entgegenkommen und Kombipakete aus Urnenbestattung und Kremierung anbieten. Zudem müsse die Stadt sich fragen, welche Friedhöfe sie sich in Zukunft noch leisten könne und dabei bedenken, dass wenn ein Friedhof nicht mehr belegt werde, er auch nicht dicht gemacht werde sondern noch weitere 15 bis 20 Jahre Kosten verursache. Der Eigenbetrieb werde vorbildlich geführt. Es konnten rund 500.000 € eingespart werden bei gleichem Personal. Man müsse alles tun um diesen zu stärken.

Beigeordneter Prümm trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/ 0186/2012 bzw. ST/0169/2012).

Rm Hömberger (BIZ) nimmt Bezug auf Rm Lehmkuhler und stellt klar, dass sie nicht in Frage stelle, dass der Eigenbetrieb in vorbildlicher Weise geführt werde. Die Arbeit des Ausschusses solle nicht durch den heutigen Antrag geschmälert werden. Es ginge lediglich darum das Krematorium zu privatisieren.

CDU- Fraktionsvorsitzende Schuhmann- Dreyer Antrag schlägt vor, zuerst ein Interessenbekundungsverfahren einzuleiten. Sie sei auch damit einverstanden wenn die Angelegenheit in die HSK gehe. Dies könne man damit verbinden, eine GU der letzten 3 Jahre einmal darzustellen, um Klarheit darüber zu bekommen, ob das Krematorium Defizite mache oder nicht. Es sei Aufgabe des Wirtschaftsprüfers anzumerken, wenn eine Überleitung in eine GmbH die ideale Form sei.

Beigeordneter Prümm stellt richtig, dass das Krematorium kein Defizit mache. Ein Interessenbekundungsverfahren habe immer auch das Ziel des Verkaufs. Er bittet die

Übertragung einer Rechtsform im Werkausschuss bzw. im Haupt- und Finanzausschuss und der HSK zu besprechen.

Rm Lehmkuhler (SPD) informiert, dass es auch um die Flächen ginge, die man zukünftig benötige. Im Moment habe man eine Bruttobestattungsfläche, die doppelt so hoch sei wie der Bedarf in den nächsten Jahren. Er stimmt ebenfalls dafür, dies im Werkausschuss zu erörtern.